

VERHANDLUNGSSCHRIFT

Über die öffentliche Sitzung

**des Gemeinderates
am 03.10.2005**

Tagungsort: Sitzungssaal der Marktgemeinde Aschach/Donau

Beginn: 19.00 Uhr

Ende: 22.10 Uhr

Anwesende:

Vorsitzender:

Bürgermeister Rudolf Achleitner (SPÖ)
Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ)

Vizebgm. Christine Gredler

GVM Ing. Karl Viehböck

GRM Zinnagl Robert

GRM Gerhold Renate

GRM Wipplinger Hannes

GRM Szücs Annemarie

GRM Gillich Helmuth

GRM Schrenk Roland

GRM Gredler Christian

Ersatzmitglieder SPÖ

GRM Pröhl Christian für Schöppl Alfred

Österreichische Volkspartei (ÖVP)

GVM Weichselbaumer Franz

GRM Ing. Gerhard Buchroithner

GRM Ing. Knierzinger Friedrich

GRM Luger Josef

GRM Hude Georg

Ersatzmitglieder ÖVP

GRM Schlagintweit Christian für Dr. Josef Gruber

Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ)

GVM Mag. Haider Roman

GRM Ing. Hosiner Wolfgang

GRM Strauß Christian

Ersatzmitglieder FPÖ

GRM Wagner Thomas für Hosiner Christina

Die GRÜNEN

GVM Dr. Judith Wassermair

GRM Bachmayer Beatrix

GRM Ettl Paul

Ersatzmitglieder der GRÜNEN

GRM Schnell Rosa für Weiß Christian

Weiters anwesend:

Greinöcker Ulrike als Amtsleiterin

Pröhl Anita als Schriftführerin

Der Vorsitzende begrüßt alle anwesenden Gemeinderäte zur heutigen Sitzung und teilt mit, dass die Tagesordnung zeitgerecht zugestellt wurde. Weiters begrüßt der Vorsitzende die anwesenden Zuschauer.

Es liegt eine Anfrage der GRÜNEN an den Bürgermeister der Marktgemeinde Aschach vor:

Bei der Sitzung des Gemeinderates am 27.6.2005 wurde mehrheitlich folgender Antrag beschlossen:

Der Gemeinderat möge den Grundsatzbeschluss fassen, dass die Schiffsanlegestelle Aschach in das Eigentum des Landes Oberösterreich übertragen wird und die Vertragsverhandlungen mit dem Land Oberösterreich aufgenommen werden.

Die unterzeichneten Gemeinderäte stellen dazu folgende Anfragen:

- 1) Wie weit sind diese Verhandlungen fortgeschritten?
- 2) Wie kommt es dazu, dass Fr. Vizebgm. Gredler bei einer Besprechung mit der WGD sagt, die Anlage „gehört ja eigentlich nicht mehr uns“ und auf eine entsprechende Nachfrage diesbezüglich antwortet, der Vertrag mit dem Land sei bereits unterzeichnet, obwohl dafür kein Gemeinderatsbeschluss vorliegt?

Dr. Judith Wassermair e.h
Beatrix Bachmayer e.h
Paul J. Ettl e.h

Der Bürgermeister teilt dazu folgendes mit:

Zu 1) Die Verhandlungen sind im Gange. Es wird ein Vertrag ausgearbeitet mit dem Land OÖ. Wir waren im Kontakt mit Mag. Winetshamer von der Gewerbeabteilung. Dieser ist bereits mit den Vertragsausarbeitungen beschäftigt. Bezüglich Sanierung der Anlegestelle teilt der Vorsitzende mit, dass der Ponton laut WGD Mitte Oktober zur Schiffswerft nach Linz gebracht und dort saniert und spätestens um die Weihnachtszeit wieder nach Aschach gebracht wird. Die Außenanlagen werden dann im Frühjahr 2006 instand gesetzt.

Zu 2) Diese Anfrage wird schriftlich beantwortet.

Pkt. 1) Beratung und Beschlussfassung über die Abänderung des Dienstpostenplanes der Marktgemeinde Aschach an der Donau:

Bericht des Vorsitzenden:

Nachdem sich bei dem derzeitigen Dienstpostenplan einige Änderungen ergeben haben, muss er neu überarbeitet und vom Gemeinderat genehmigt werden.

Folgende Änderungen müssen durchgeführt werden:

Siehe Dienstpostenplan.

Antrag des Vorsitzenden:

Der Vorsitzende ersucht die Mitglieder des Gemeinderates, dass der abgeänderte Dienstpostenplan genehmigt wird.

Beratung:

AL Greinöcker Ulrike: Genehmigt muss werden der Dienstpostenplan von Fr. Furthmayr Doris als zweite Stützkindergärtnerin und von Hrn. Jäger Franz anstelle von Hrn. Straßl Johann jedoch in verminderter Form, der bis April 2006 aufgenommen wurde. Namensänderungen sind vorzusehen bei Fr. Huemer Sonja statt Fr. Höller Ingrid, bei Fr. Priller Daniela statt Fr. Gschwandtner Ursula und bei Fr. Berndorfer Rosemarie statt Fr. Szikora Anna.

Dr. Wassermair Judith: Sie hat bereits im Vorstand gesagt, dass in der Volks- und Hauptschule zuviel Putzpersonal ist. Sie hat einen aktuellen Vergleich mit Eferdinger Schulen eingeholt. Die GRÜNE Fraktion wird daher den Änderungen des Dienstpostenplanes nicht zustimmen. Es werden in der Schule zu viele Stunden verbraucht und sie wäre dafür gewesen, dass diese Stunden auf den Kindergarten und die Gemeinde umverteilt werden als Zeichen des Sparens.

Hr. Straßl Christian: Er möchte gerne die genauen Stunden wissen.

Dr. Wassermair Judith: Sie hat eine genaue Auflistung die von Fr. Dr. Wassermair nun verlesen wird. Aufgrund dieser Aufstellung geht eben hervor, dass in Aschach zu viele Putzstunden vorhanden sind. Sie möchte auch klarstellen, dass dies kein Angriff auf die Putzkräfte sein soll, denn es wird immer sauber geputzt. Aber sie möchte einfach den Spargedanken wahrnehmen.

Es entsteht hierüber eine kurze Diskussion.

Ing. Viehböck Karl: Hat die GRÜNE Fraktion andere Unterlagen vorgelegt bekommen? Es wurde in der SPÖ Fraktion nämlich darüber beraten ob wir den Dienstpostenplan der Gemeinde abändern. Es lagen bei der SPÖ-Fraktion keine Unterlagen vor über Einsparungsmaßnahme oder Umschichtung von Reinigungspersonal. Es ist nur erforderlich diesen Dienstpostenplan abzuändern weil sich beim Personal Abänderungen ergeben haben.

Die SPÖ-Fraktion wird daher dem Antrag zustimmen.

AL Greinöcker Ulrike: Sie möchte sagen, dass es stimmt was Hr. Ing. Viehböck sagt, wenn die GRÜNE Fraktion gegen diese Änderung stimmt, dann sind sie gegen die Aufnahme einer zweiten Stützkraft für den Kindergarten und gegen die Aufnahme von Hrn. Jäger Franz.

Dr. Wassermair Judith: Man kann über diesen Antrag sicher geteilt abstimmen.

AL Greinöcker Ulrike: Es geht nur um die zwei Posten und um die Abänderungen.

Dr. Wassermair Judith: Im Rahmen von diesem Dienstpostenplan hätte man die Stunden einsparen können. Dies hat sie bereits öfter im Gemeindevorstand vorgebracht. Sie möchte gerne positiv abstimmen über die Aufnahme von Fr. Furthmayer und Hrn. Jäger Franz, aber nicht für die 25 Stunden Reinigungskraft.

Ing. Knierzinger Friedrich: Man sollte die Anregung von Fr. Dr. Wassermair schon ernst nehmen. Man muss einsparen und man sollte wirklich im Gemeindevorstand darüber diskutieren.

Hr. Ettl Paul: Wenn einige Personen nun gegen diesen Dienstpostenplan stimmen, dann muss man berücksichtigen, dass man nicht gegen die Personen stimmt sondern gegen den Dienstpostenplan.

Abstimmung:

Die gesamte GRÜNE Fraktion stimmt gegen den Antrag.

Hr. Wagner Thomas und Hr. Mag. Haider enthalten sich der Stimme.

Alle übrigen Gemeinderäte stimmen mittels Hand erheben für diesen Antrag.

ENDE TOP 1

Pkt. 2) Bericht über die Prüfungsausschusssitzung vom 12.07.2005:

Bericht des Vorsitzenden:

Der örtliche Prüfungsausschuss ist zu seiner Sitzung am 12.07.2005 zusammengekommen. Bei dieser Prüfungssitzung wurden die derzeitigen Übereinkommen (Anlagen und Schopperplatzareal) mit der Via Donau und die Zeiterfassung von Fr. Karin Rathmayr überprüft.

Der Vorsitzende verliest den Bericht des Prüfungsausschusses.

B E R I C H T

von der Prüfungsausschusssitzung der Marktgemeinde Aschach an der Donau am 12. Juli 2005.

1) a) Übereinkommen betreffend der Anlagen:

Über die Anlagen entlang der Donau besteht seit dem Jahre 1970 mit dem Bundesstrom-Bauamt ein Bestandsvertrag, der auf unbestimmte Zeit verlängert wurde.

Inzwischen wurde das Bundesstrombauamt mehrmals umbenannt und umstrukturiert, sodass uns heute als Vertragspartner die „Via donau Wasserstraßen GmbH“ gegenüber steht. Seitens dieser Firma ist Herr Peter Fischer an Vertreter der Gemeinde Aschach herangetreten und hat mitgeteilt, dass zur Zeit kein rechtsgültiger Bestandsvertrag besteht. Seine Firma darüber hinaus ähnlich wie bei den Gemeinden Mauthausen und Grein durchaus bereit ist, neue Bestandsverträge einzugehen, jedoch für die Gemeinde unter wesentlich schlechteren Bedingungen.

Nach Durchsicht aller bestehenden Bestandsverträgen (der ursprüngliche Vertrag von 1970, sowie drei Nachträge, letzter vom August 1977) stellt der Prüfungsausschuss fest, dass die Marktgemeinde Aschach durchaus einen rechtsgültigen Vertrag mit der Republik Österreich, deren Rechtsnachfolger jetzt die Via donau ist, hat. Die Kündigungsmöglichkeiten seitens der Via donau sind vertraglich eingeschränkt und erschöpfen sich im Wesentlichen mit der Geltendmachung öffentlichen Interesses.

Für die Marktgemeinde Aschach besteht daher die Anlagen betreffend kein Handlungsbedarf.

Die der Marktgemeinde Aschach vertraglich obliegende Vorhaltung und Pflege der Anlagen ist mit enormen Kosten verbunden. Daher empfiehlt der Prüfungsausschuss, mit den Nutznießern (Gastwirten) Verträge abzuschließen, die ein teilweises Umlegen dieser Kosten ermöglichen. Dabei ist besonders Rücksicht darauf zu nehmen, dass das vertraglich bestehende Prekarium weder in Frage gestellt, noch verletzt wird.

b) Übereinkommen betreffend des Magazins, der Schmiede, der Schlosserei und der angrenzenden Anlage (West 70):

Bei genauer Durchsicht des Vertrages stellt der Prüfungsausschuss fest:

- Der Vertrag wurde auf unbestimmte Dauer abgeschlossen und ist seitens der Bestandsgeberin nur bei Geltendmachung eines wesentlichen öffentlichen Interesses kündbar.
- Auf Grund des Vertragstextes und der Zustimmung der WSD (Wasserstraßen-direktion) zur weiteren Überlassung, ist es der Marktgemeinde Aschach ohne weitere Rückfragen möglichen, mit den Untermietern (Feichtner, Neundlinger) eigene Mietverträge mit entsprechendem Mietzins jederzeit abzuschließen. Es ist lediglich in den Verträgen auf die Bestimmungen des Übereinkommens Nr. WEST 70 hinzuweisen.

Der Prüfungsausschuss fordert die Gemeindekanzlei auf, umgehend derartige Vertragwerke vorzubereiten, um solcher Art die Gemeindeausgaben egalisieren zu können.

c) Übereinkommen WEST 118, betreffend Tischlerei, Wagnerei, Holzlagerhalle, Werksküche, Speiseraum, Sägewerk, Schopperhalle, angrenzende Grünfläche und Zufahrten

Bei Überprüfung des Vertragsinhaltes stellt der Prüfungsausschuss fest:

- Das Übereinkommen wurde auf unbestimmte Dauer abgeschlossen.
- Kündigung seitens der Bestandsgeberin ist nur bei Geltendmachung wesentlicher öffentlicher Interessen möglich.
- Die bestehenden Prekariatsverträge sind durch das Übereinkommen nicht gerechtfertigt. Sie sind daher ehestmöglich zu kündigen und durch ordentliche Mietverträge, die auf das Übereinkommen Nr. WEST 118 Rücksicht nehmen, zu ersetzen.

Dadurch wird es der Gemeinde möglich, nicht nur die von den Untermietern verursachten Betriebskosten, Versicherungen und sonstige Gemeindefaufwendungen lukrieren zu können.

2) Zeiterfassung – Karin Rathmayr:

Das relativ umfangreiche Elaborat gibt genaue Auskunft über die in der Gemeindekanzlei geleistete Arbeitszeit. Daraus sind auch Mehrleistungen genau abzulesen. Die Mehrleistungen betragen ca. 343 Stunden für 2003 und 2004.

Es wird ausdrücklich festgehalten, dass laut Auskunft der Gemeindekanzlei dafür keine zusätzlichen Zahlungen geflossen sind. Es konnten lediglich marginale Zeitausgleichstunden – die dem Prüfungsausschuss so nicht gerechtfertigt erscheinen – festgestellt werden.

3) Allfälliges:

Keine Wortmeldungen

Beratung:

Ing. Hosiner Wolfgang: Bezüglich der Verträge teilt er mit, dass das Gelände am Schopperplatz in zwei Vertragsarten geteilt ist. Warum das so ist, weiß er auch nicht. Bei beiden Verträgen kommt nicht das Wort Präkarium vor. Das heißt es sind keine Präkariatsverträge sondern ganz normale Mietverträge bzw. aufgrund dieser Verträge ist die Gemeinde durchaus in der Lage jederzeit weiterzuvermieten.

Dadurch können auch die Unkosten getragen werden. Es bestehen momentan aber einige Präkariatsverträge mit einigen Leuten am Schopperplatz. Diese Verträge kann man aber durch normale Verträge ersetzen.

Die Zeiterfassung von Fr. Rathmayr wurde natürlich genau geprüft. Dieses Elaborat ist natürlich sehr umfangreich und kann nicht in einer Sitzung geprüft werden.

Die Situation ist so, dass sie im Laufe der beiden Jahre Mehrleistungen erbracht hat, für die offensichtlich zumindest mit der Begründung der Mehrleistung kein Geldfluss geflossen ist. Er betont mit der Begründung der Mehrleistung, weil Fr. Karin Rathmayr die einzige war die im Jahr 2004 eine Belohnung erhalten hat. Er kann sich allerdings nicht erinnern, dass so eine Belohnung irgendwo beschlossen wurde.

Es wäre natürlich interessant wie dies Zustande gekommen ist.

Der schlimmste Fall wäre, aber dies sagt er mit Vorsicht, dass sich Fr. Rathmayr dies selbst gegeben hätte und der beste Fall wäre, wenn es der Gemeinderat beschlossen hätte.

AL Greinöcker Ulrike: Es war im August vom Büro Hochleitner ein Herr auf der Gemeinde, wo auch Hr. Ing. Hosiner anwesend war, bezüglich einer Besprechung wegen der Verträge. Vor kurzem fand wieder ein Gespräch mit diesem Herrn statt, der mitteilte, dass in den nächsten Tagen Musterverträge kommen, die man dann mit den Gastwirten bzw. mit den derzeitigen Mietern im Schopperplatzgebäude abschließen kann.

Hr. Ettl Paul: Zum Thema Gastgärten wurde schon öfter diskutiert. Die immer wieder gehörte Begründung, warum die Gastgartenbesitzer die Fläche kostenlos kriegen, dass es nämlich eine Wirtschaftsförderung ist, kommt ihm etwas schal vor. Warum bekommen gerade die eine Förderung und andere Gastwirte (Loimayr, Pizzerias) die keinen Gastgarten haben keine Förderung.

Er möchte daher einen Antrag stellen, dass der Bürgermeister demnächst eine Finanzberatungsitzung einberuft, wo dieses Thema genau besprochen werden kann, um Klarheit und Gerechtigkeit zu schaffen.

Vorsitzender: Es war vor kurzem erst eine Sitzung. Bei dieser wurde beschlossen, dass in nächster Zeit wieder eine Sitzung stattfindet bevor der Voranschlag erstellt wird. Bei dieser Sitzung kann man natürlich auch dieses Thema behandeln.

Hr. Weichselbaumer Franz: Die ÖVP sieht diese Geschichte eher differenziert. Und zwar möchte er bewusst den Pkt. A vom restlichen trennen. In dem einen Fall hat man die Präkariatsgeschichte und in dem anderen Fall nicht. Zu dem ersten möchte er sagen, dass er die Meinung vertritt, dass man schlafende Hunde nicht wecken soll und es gibt den Vorschlag der Via Donau, dass man alles auf neue Füße stellen möchte und auch neue Verträge, die für uns wahrscheinlich schlechtere Konditionen bedeuten. Wenn man es nicht machen muss, dann würde er die Geschichte ruhen lassen. Für die Sache, warum dies als Wirtschaftsförderung zu sehen ist, gibt er zu, dass er dies einmal gesagt hat, aber hatte damals einen anderen Grund dafür. Wir haben überlegt, dass man dies auch anders sehen kann und damit klarer ist.

Ing. Buchroithner Gerhard: Grundsätzlich hat die Gemeinde Aschach mit der Via Donau oder mit der Vorgängerfirma einen Vertrag, wo sie dies unentgeltlich bekommt.

Ing. Hosiner Wolfgang: Das stimmt nicht. Für die Anlagen wird eine Miete bezahlt. Einen genauen Betrag kann man nicht sagen.

Ing. Buchroithner Gerhard: Er findet es schlimm, denn dieser Vertrag besteht seit 1977 und es kann niemand sagen, wie viel die Gemeinde bezahlen muss.

Die Gemeinde ist verpflichtet, die Anlagen auf unsere Kosten in Ordnung zu halten.

Das heißt, dies muss jede Gemeinde machen, das kann man nicht als zusätzliche Kosten sehen und dafür kann der Gastwirt nichts. Aus einem Präkariatsvertrag sollte man keinen Gewinn erzielen.

Die Gastwirte pflegen ihren Garten ja selbst und entsorgen auch den Müll selbst.

Vorsitzender: Bis zur nächsten Finanzbeiratssitzung werden die genauen Kosten die der Gemeinde anfallen aufliegen.

Dr. Wassermair Judith: Schneiden die Gastwirte die Hecken selbst oder muss das die Gemeinde machen?

AL Greinöcker Ulrike: Das machen die Wirte selbst. Entsorgen tut es manchmal die Gemeinde, jedoch gegen Bezahlung.

ENDE TOP 2

Pkt. 3) Beratung und Beschlussfassung über die Erhöhung der Aufwandsentschädigung für Vizebürgermeister und Mandatäre.

Bericht des Vorsitzenden:

Mit Schreiben vom Land Oberösterreich, Abteilung Gemeinden vom 02.06.2005 wurde uns mitgeteilt, dass die Bezüge der Bürgermeister gemäß § 2 OÖ. Gemeinde-Bezügegesetz 1998 ab 1.7.2005 € 7.727,29 (Ausgangsbetrag) beträgt. Erhöhung um 1,50%.

Nachdem die Aufwandsentschädigung für Vizebürgermeister und Fraktionsobmänner/frauen dem Bürgermeisterbezug angepasst gehört, muss diese Aufwandsentschädigung durch den Gemeinderat beschlossen werden. Die Aufwandsentschädigung muss mindestens 1% und darf höchstens mit 3% des Bezuges des Bürgermeisters festgelegt werden. Derzeit haben wir 1,65%.

Antrag des Vorsitzenden:

Der Gemeinderat möge die Aufwandsentschädigung mit% des Bezuges des Bürgermeisters festlegen.

Beratung:

Vorsitzender: Zur Erklärung teilt er mit, dass die € 7.000,- die Höchstbezüge sind, die ein Bürgermeister erhalten kann, der hauptberuflich dieses Amt ausführt und in einem Ort mit mehr als 20.000 Einwohnern.

Ing. Hosiner Wolfgang: In einer Zeit, wo man überall sparen muss und wir sicher auch noch in die Verlegenheit kommen dem Wähler das eine oder andere erklären zu müssen, wo nun auch vom Prüfungsausschuss die Subventionspolitik unters Licht genommen wurde, dann ist es einfach nicht vertretbar eine Erhöhung der Aufwandsentschädigung zu beantragen. Die FPÖ-Fraktion wird daher diesem Antrag nicht zustimmen.

Ing. Viehböck Karl: Es ist der Höchstbezug der Bürgermeister um 1,5% erhöht worden. Die Bezüge der Gemeindefunktionäre wie Vizebürgermeister und Fraktionsobmänner steigt automatisch mit, weil sie prozentmäßig an den Bürgermeistergehalt gebunden sind. Dort wird automatisch eine Erhöhung der Bezüge ablaufen. Es geht darum, die Bezüge der Gemeindefunktionäre um diesen durchschnittlichen 1,65% zu erhöhen.

Ing. Hosiner Wolfgang: Es geht nicht um die 1,65%. Man sollte 1 – 3% dieses Gehaltes haben. Wir haben 1,65%. Und er steht auf dem Standpunkt, solange man nicht 1% hat, sollte man darüber nicht reden. Weil 1% muss man haben. Es entsteht hierüber eine Diskussion.

Vorsitzender: Er wird diesen Punkt bis zur nächsten Gemeinderatssitzung vertagen. Bei dieser Sitzung werden dann genaue Zahlen vorliegen, damit man eine Diskussionsbasis hat.

Der Gemeinderat ist damit einverstanden.

ENDE TOP 3

Pkt. 4) Beratung und Beschlussfassung bezüglich Mietvertrag mit Volkshilfe

Bericht des Vorsitzenden:

Der Mietvertrag mit der Volkshilfe wurde im Gemeindevorstand beraten, die dort festgelegten Änderungen wurden im Mietvertrag eingebaut und dieser soll nun vom Gemeinderat genehmigt werden.

Beratung:

Vorsitzender: Die Änderungen sind den Fraktionen vorgelegen.

Ing. Hosiner Wolfgang: Das heißt, dass die Gemeinde die Volkshilfe monatlich mit € 320,- subventioniert.

Weichselbaumer Franz: Es gibt, was das Postmonopol betrifft EU weit sozusagen eine Deadline. Aus diesem Grund muss man unter Umständen damit rechnen, dass die Volkshilfe sagt, wir haben mit der Post kein Geschäft mehr. Daher wäre die ÖVP Fraktion dafür, dass man diesen Kündigungsverzicht, der bereits geändert wurde, trotzdem nochmals ändert und auf 5 Jahre befristet. Dies ist vorstellbar aus diesem Grund, dass es nicht passiert bei Wegfall des Postmonopoles, wir dann in den Räumlichkeiten die Volkshilfe sitzen haben und nur die Geschäfte der Postsparkasse betreibt und letztlich wird von der Gemeinde dann eine Bank subventioniert.

Ing. Buchroithner Gerhard: Es wird momentan in Österreich über die Postpartner gesprochen. Was definiert man aber unter Postpartner ? Es kann sein, dass das Monopol in 2 Jahren fällt. Dann könnte durchaus ein Privater daneben Postgeschäfte betreiben und die sagen wir sind Postpartner und sitzen mietfrei in dem Gebäude und verkaufen vielleicht Briefmarken. Es muss nicht sein, aber man muss darauf vorbereitet sein. Und durch diese Änderung kann man sich absichern.

Man muss die Verträge nur dementsprechend ändern.

Ing. Viehböck Karl: Es war bei der Vergabe nicht Ausgangsbasis, dass auf 5 Jahre befristet wird. Die 5 Jahre wären ihm zu kurz. Man kann es an die Postpartnerschaft binden.

Ing. Buchroithner Gerhard: Es heißt ja nicht, dass man nach 5 Jahren die Kündigung aussprechen muss, aber man ist einfach abgesichert.

Dr. Wassermair Judith: Der Rohvertrag wurde ja bereits im Gemeindevorstand besprochen. Sie hat bereits im Mai gesagt, dass es wichtig ist, dass man einen Vertrag hat, den man jederzeit kündigen kann, wenn man sieht, dass es nicht funktioniert. Auch wie die ÖVP Fraktion sagt, ist es ja möglich, dass kein Geschäft mehr ist und nur ein Minimalbetrieb läuft und sie hat nichts gegen die Volkshilfe und schätzt sie auch, aber sie möchte, dass die Frist in den Vertrag aufgenommen wird, wie auch in anderen Verträgen der Gemeinde.

Weiters wäre dann die Behindertentoilette die man im Vertrag noch unterbringen müsste. Anknüpfen daran müsste man auch die Betriebskosten, die sich dann ja verringern und vor allem ist dann auch die monatliche Miete herauszunehmen, weil es nicht einsichtig wäre, wenn keine Postpartnerschaft mehr besteht und die Volkshilfe drinnen bleiben möchte, wir so ein Objekt im Zentrum vom Ort um den Preis vermieten. Wenn dies eintritt, muss die Volkshilfe einfach mehr zahlen.

Vorsitzender: Wenn dieser Fall eintritt, dann hat die Gemeinde ja das Recht zu kündigen und zwar wie jetzt der Vorschlag ist, unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist.

Dr. Wassermair Judith: Mit dem Erlischen ist es so. Die Post hat überhaupt kein Interesse daran, dass die Volkshilfe in Aschach viel Geschäft macht. Wenn jetzt dann alles zurück geht und wir eigentlich keine Post mehr brauchen oder es von der

Bevölkerung nicht mehr akzeptiert wird und es nur mit dem Normalbetrieb von der Volkshilfe aufrecht erhalten wird, dann muss von uns die Möglichkeit bestehen, dass man der Volkshilfe im Rahmen von 5 Jahren kündigt, wie bei einem normalen Mietvertrag.

Vorsitzender: Tatsache ist momentan, dass die Volkshilfe den meisten Umsatz mit dem Postgeschäft macht. Es liegt daran, dass es dasselbe Gebäude geblieben ist und die Leute es gewohnt sind. Falls dies abfällt, weil das Monopol freigegeben wird, dann hört die Volkshilfe sowieso auf, denn mit dem Secondhand Geschäft ist kein großer Gewinn zu erzielen.

Ing. Hosiner Wolfgang: Man sollte jedoch das Ganze schon rechtlich absichern.

Vorsitzender: Man muss bedenken, die Gemeinde hat mit der Volkshilfe Eckdaten vereinbart und auch schon Detaildaten vereinbart, die jetzt teilweise nicht mehr gelten sollen.

Ing. Buchroithner Gerhard: Wer hat diese Eckdaten vereinbart? Es ist beim Gemeinderat beschlossen worden, dass man unterstützt aber mehr nicht.

Vorsitzender: Man hat sich zusammengesetzt und den Vertrag besprochen. Hier wurden bereits Daten ausgemacht, die man jetzt wieder ändern soll. Es ist kein Problem die Definition Postpartner in den Vertrag einzubauen. Bezüglich der Sache Behinderten WC teilt er mit, dass er dahinter steht, aber er möchte es nicht im Vertrag festlegen, dass es errichtet werden soll.

Dr. Judith Wassermair: Man muss aber dann aus dem Vertrag ausklammern, falls es dort vorgesehen wird, denn sonst hat man den Vertrag mit der Volkshilfe und können es dort nicht mehr machen.

Vorsitzender: Er wird sich mit Hrn. Edlinger zusammensetzen und die Wünsche des Gemeinderates deponieren. Es wird dann ein neuer Vertragsentwurf erstellt, der dem Gemeinderat dann zur Begutachtung vorgelegt wird. Die heute besprochenen Sachen werden dabei berücksichtigt.

Hr. Ettl Paul: Er möchte sich der Meinung der ÖVP Fraktion anschließen. Es wurde ja an die Volkshilfe vergeben, dass sie einen Postpartner machen und das man diesen auch erhält. Die Definition der Postpartnerschaft im Vertrag ist seiner Meinung nach nicht richtig. Wenn man dies im Vertrag aufnimmt und die Post kommt darauf und die sagen in Zukunft darf die Volkshilfe PSK nicht mehr machen, dann gelten die Bedingungen im Vertrag nicht mehr. Diese Definition würde er nicht hineingeben, aber sehr wohl die Befristung mit der Kündigung.

Ing. Viehböck Karl: Zum Thema Behinderten WC möchte er noch sagen, dass er den Plan von Hrn. Lindorfer nicht kennt, aber die Quadratmeter und die Räumlichkeiten der Volkshilfe. Er kann sich nicht vorstellen, dass man dies dort verwirklichen kann, weil es die Ö-Normen nicht zulassen.

Er bittet dieses Projekt Hrn. Pötzlasser vorzulegen.

Vorsitzender: Wie bereits gesagt, wird ein neuer Vertragsentwurf erstellt und in der nächsten Sitzung dem Gemeinderat vorgelegt.

ENDE TOP 4

Pkt. 5) Beratung und Beschlussfassung bezüglich Änderung der Abholintervalle der Müllabfuhr.

Bericht des Vorsitzenden:

Nachdem bei der Gemeinderatssitzung am 27.6.2005 der Grundsatzbeschluss über verschiedene Änderungen bezüglich Abholung des Hausmüllrestes gefasst wurde, geht es heute darum, die genaue Festlegung der Abfuhrintervalle festzulegen.

Von seitens des BAV wird folgendes vorgeschlagen:

Die Abfuhr-Intervalle werden auf zwei, vier und/oder sechs Wochen vereinheitlicht, was

- den Wegfall des wöchentlichen Intervalls

- die möglichst einheitliche Verlängerung der bestehenden Intervalle (z.B. von 14-tägig auf 4-wöchentlich) und

- die Vermeidung von gemischten Intervallen in einzelnen

- Gemeindebereichen (z.B. Ortskern generelles 4-wöchentliches Intervall)

bedeutet.

Der Vorschlag des Umweltausschusses lautet:

Die Abfuhr-Intervalle werden auf zwei, vier und/oder sechs Wochen vereinheitlicht, was den Wegfall des wöchentlichen Intervalles bedeutet.

Beratung:

Vorsitzender: Mit 1.1.2006 tritt die neue Restmüllverordnung in Kraft. Alle Bezirksabfallverbände streben eine einheitliche Lösung an, die dann auch so weit gehen sollte, dass man auch zu einer einheitlichen Müllgebühr kommt. Zuerst soll aber ab Jänner die Umstellung der Intervalle erfolgen. Von der Fa. Zellinger die der Bestbieter war, wird der Müll weiterhin abgeholt, aber mit den Bedingungen das man die Intervalle umstellt. Es werden auch die Mülltonnen auf Einheitsgrößen von L 120 und mit Rädern erfolgen. Die Umstellung der Mülltonnen erfolgt durch die Fa. Zellinger und kostet im ersten Moment den Bürgern nichts. Dieser Betrag wird in die Müllgebühr auf mehrere Jahre eingerechnet.

Der Austausch der Tonnen erfolgt ebenfalls durch die Fa. Zellinger. Wenn man will kann man sich die alte Tonne aber behalten.

Ing. Buchroithner Gerhard: Zur Vermeidung von gemischten Intervallen in einzelnen Gemeindebereichen - was heißt das? Wird den Bürgern dort vorgeschrieben welchen Intervall sie nehmen müssen.

Ing. Hosiner Wolfgang: Der Umweltausschuss wird sich anschauen, wie sich das einspielt und dann muss man weitersehen.

Dr. Wassermair Judith: Sie findet es als Schwachsinn, dass im Ortskern generell 4-wöchentlich angegeben werden.

AL Greinöcker Ulrike: Dies ist nur ein Beispiel und es kann jeder Haushalt entscheiden, welchen Intervall er bevorzugt.

Hr. Ettl Paul: Der Vertrag mit der Fa. Zellinger läuft Ende 2005 aus, stimmt das?

Den neuen Vertrag mit der Fa. Zellinger hat ja der BAV gemacht und nicht die Gemeinde. Daher wird dann auch der BAV die einzelnen Termine koordinieren und nicht die Gemeinde.

Ing. Viehböck Karl: Die Gemeinde hat zu beschließen welche Intervalle genommen werden und das hat der BAV zu berücksichtigen.

Antrag des Vorsitzenden:

Der Vorsitzende stellt den Antrag, dass die Mitglieder des Gemeinderates die Abholintervalle auf zwei, vier und sechs Wochen vereinheitlicht werden.

Abstimmung:

Der Antrag wird vom Gemeinderat mit einem Handzeichen einstimmig angenommen.

ENDE TOP 5

Pkt. 6) Beratung und Beschlussfassung über die Verlängerung des Mietvertrages der Familie Aida Ibrisimovic, Kurzwernhartplatz 1, Aschach/Donau

Bericht des Vorsitzenden:

Der Sozialausschuss hat in seiner Sitzung am 22.09.2005 über die Verlängerung des Mietvertrages der Familie Ibrisimovic beraten und gibt dem Gemeinderat folgende Empfehlung:

Der Mietvertrag soll, wie bei allen anderen Gemeindewohnungen, auf fünf Jahre verlängert werden (1.2.2006 – 31.1.2011).

Die Miete sollte ab 1.2.2006 €230,- (derzeit €224,-) sein + Indexsteigerung.

Außerdem soll eine monatliche A-Kontozahlung an Betriebskosten in der Höhe von € 100,- vorgeschrieben werden.

Beratung:

Vizebgm. Gredler Christine: Dieser Punkt wurde im Sozialausschuss vorberaten. Es hat darüber eine Diskussion gegeben. Diese Familie hatte kurz bevor sie die Startwohnung bekam einen schweren Unfall. Seitdem ist der Mann behindert und sitzt im Rollstuhl. Hr. Ibrisimovic ist noch sehr oft im Krankenhaus und auf Reha. Für diese Zeit bekommt er kein Pflegegeld. Die Frau und das Kind müssen in dieser Zeit aber trotzdem leben. Daher ist die Miete nicht sehr hoch.

Hr. Straßl Christian: Man muss auch bedenken, dass die Fam. Ibrisimovic auf eigene Kosten behindertengerechte Umbauarbeiten durchführen lies.

Antrag des Vorsitzenden:

Der Vorsitzende stellt den Antrag, dass die Mitglieder des Gemeinderates der Verlängerung des Mietvertrages der Familie Ibrisimovic ihre Zustimmung geben.

Abstimmung:

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

ENDE TOP 6

Pkt. 7) Beratung und Beschlussfassung bezüglich Bescheid vom Land OÖ vom 29.08.2005, betreffend Vorstellung durch Elisabeth Allerstorfer.

Bericht des Vorsitzenden:

Nachdem gemäß § 62 (1) der Gemeindeordnung der Bürgermeister in diesem Punkt befangen war, hätte für diesen Punkt der Vorsitz an Frau Vizebürgermeister Gredler übergeben werden sollen. Herr Bürgermeister Achleitner wird auch wegen Befangenheit nicht mitstimmen.

Nachstehend der gesamte Bericht aus der GR-Sitzung vom 02.05.2005.

Über Antrag der Ehegatten Richard u. Isabella Bremstaller wurde der Bebauungsplan Nr. 4 „Bahnhofstraße“ im Bereich des Aschauer Feldes abgeändert (Änderung Nr. 14).

Diese Änderung ist nach Abschluss des durchgeführten Verfahrens rechtswirksam geworden.

Über den vorerwähnten Antrag erließ der Gemeinderat gleichfalls eine Verordnung, mit der ein Teil des öffentlichen Gutes im Bereich des Aschauer Feldes (Teilfläche der Parzelle 440/2, KG Aschach) aufgelassen werden sollte.

Diese Verordnung ist gleichfalls nach Abschluss des durchgeführten Verfahrens rechtswirksam geworden.

In weiterer Folge war beabsichtigt, den aufgelassenen Teil der öffentlichen Gemeindefeldstraße an die Ehegatten Richard u. Isabella Bremstaller zu übertragen.

Mit Eingabe vom 29.10.2003 haben allerdings auch die Ehegatten Josef u. Zita Aichinger, 4081 Hartkirchen, Am Bühel Nr. 18 den Antrag gestellt, dass ihnen diese Teilfläche des öffentlichen Gutes in ihr Eigentum übertragen wird.

Nach Durchführung eines entsprechenden Ermittlungsverfahrens und der Wahrung des Parteiengehörs hat der Bürgermeister der Marktgemeinde Aschach an der Donau den Antrag der Ehegatten Josef u. Zitta Aichinger mit Bescheid vom 25.05.2004, Zahl: 600/A-84/2003 abgelehnt. Gegen diesen Bescheid haben die Ehegatten Aichinger mit Schreiben vom 07.06.2004 berufen. Der Gemeinderat der Marktgemeinde Aschach hat als zuständige Berufungsbehörde den Bescheid des Bürgermeisters in der Sitzung vom 28.06.2004 bestätigt und somit die Berufung der Ehegatten Aichinger abgelehnt.

Mit Eingabe vom 27.10.2004 hat dann auch die Frau Elisabeth Allerstorfer, 4082 Aschach an der Donau, Stiftstraße Nr. 8, vertreten durch die Anwaltspartnerschaft Dr. Krückl und Dr. Lichtl, 4020 Linz einen Antrag auf Rückstellung der 189 m² großen Teilfläche gestellt.

Wie schon im Fall Aichinger hat der Bürgermeister nach Durchführung eines entsprechenden Ermittlungsverfahrens und der Wahrung des Parteiengehörs den Antrag der Frau Elisabeth Allerstorfer mit Bescheid 23.11.2004, Zahl: 600/A-72/2004 abgelehnt.

Gegen diesen Bescheid hat Frau Elisabeth Allerstorfer, 4082 Aschach an der Donau, Stiftstraße Nr. 8, vertreten durch die Anwaltspartnerschaft Dr. Krückl und Dr. Lichtl, 4020 Linz mit Eingabe vom 02.12.2004 rechtzeitig berufen.

Vom Gemeinderat der Marktgemeinde Aschach an der Donau wurde mit Bescheid vom 12.5.2005, Zl.: 600/A-35/2005 dieser Berufung keine Folge gegeben und der Bescheid des Bürgermeisters bestätigt. Dieser Entscheidung des Gemeinderates lag

ein Muster eines Berufungsbescheides, welcher vom OÖ Gemeindebund ausgearbeitet wurde, zugrunde.

Frau Elisabeth Allerstorfer, vertreten durch die Anwaltpartnerschaft Dr. Krückl und Dr. Lichtl hat gegen den Bescheid des Gemeinderates rechtzeitig die Vorstellung am 20.5.2005 eingebracht.

Die Vorstellung wurde mit einem Aktenverzeichnis am 20.6.2005 dem Amt der OÖ. Landesregierung als Gemeindeaufsichtsbehörde übermittelt.

Das Amt der OÖ. Landesregierung hat mit Bescheid vom 29.8.2005 der Vorstellung der Fr. Elisabeth Allerstorfer Folge gegeben und den angefochtenen Bescheid aufgehoben und die Angelegenheit zur neuerlichen Entscheidung an die Marktgemeinde Aschach zurückverwiesen.

In einem Telefonat mit Herrn Dr. Barth, OÖ. Landesregierung, Baurechtsabteilung erklärte er, dass Frau Elisabeth Allerstorfer anspruchsberechtigt auf die 189 m² große Fläche ist. Da die im Jahre 1978 enteignete (abgetretene) Grundfläche nie dem Zweck der Enteignung, nämlich dem Bau einer Straße, zugeführt worden sei, sei diese Fläche daher dem damaligen Eigentümer zurückzugeben. Da die damalige Eigentümerin die Berufungswerberin sei, sei auch gemäß Art 5 StGG die 189 m² große Fläche der Einschreiterin zu übertragen.

Beratung:

Vorsitzender: Die Entscheidung liegt nunmehr vor. Es wurden natürlich hiebei die Juristen des Gemeindebundes befragt.

In der kurzen Zeit konnte man nicht ermitteln warum die Entscheidung der Landesregierung eine andere ist und daher macht der Vorsitzende den Vorschlag, diese Angelegenheit zur weiteren Beratung an den Bauausschuss zurückzuverweisen.

Ing. Hosiner Wolfgang: Grundsätzlich ist er damit einverstanden. Der Gemeinderat ist doch immer davon ausgegangen, dass dieses Grundstück dem ehemaligen Eigentümer zurückgegeben wird. Dies ist auch nachzulesen in der Sitzung, in der der Bescheid behandelt wurde, mit der Begründung, dass die, die den Grund abgetreten haben, ihn auch wieder bekommen.

Er war immer der Meinung, dass der Gemeinderat den Grund dem zugesprochen hat, der ihn seinerzeit auch abgetreten hat.

Ing. Viehböck Karl: Er soll an den Rechtsnachfolger zurückgegeben werden, unabhängig der Person. Es ist in dieser kurzen Zeit nicht möglich gewesen einen Termin zu vereinbaren, um nachzufragen warum die Gemeinde eine Empfehlung bekam und im nachhinein dann anders entschieden wurde.

Vorsitzender: Man muss es nochmals hinterfragen und daher der Vorschlag, diesen Punkt an den Bauausschuss zurückzustellen.

Damit ist der Gemeinderat einverstanden.

ENDE TOP 7

Pkt. 8) Beratung und Beschlussfassung über die Verwendung von V-Opti.

Bericht des Vorsitzenden:

V-Opti ist ein Hilfsinstrument bei der Abwicklung von Vergabeverfahren nach den Bestimmungen des Bundesvergabegesetzes 2002 (BVergG), welches vom OÖ Gemeindebund den oberösterreichischen Gemeinden zur Verfügung gestellt wird. Diese Software wurde im März 2004 vom Gemeindebund für € 180,- der Gemeinde Aschach zur Verfügung gestellt und damals wurde Hr. Altenstrasser zur Schulung geschickt.

Damit die allgemeinen Geschäftsbedingungen den Ausschreibungen in unserer Gemeinde grundsätzlich zugrunde gelegt werden können, müssen die allgemeinen Geschäftsbedingungen (liegen als Unterlage bei) vom Gemeinderat vorab beschlossen werden.

Zu beachten wäre: Da in den V-Opti Mustern wiederholt auf bestimmte Punkte der AGB Bezug genommen wird, müssten die AGB grundsätzlich unverändert übernommen werden. Für den Fall, dass die AGB nicht generell durch Gemeinderatsbeschluss übernommen werden, müssten diese den Ausschreibungsunterlagen im Einzelfall beigelegt werden!

Laut Auskunft von Hrn. Flotzinger, OÖ Gemeindebund, haben derzeit 300 Gemeinden von OÖ V-Opti in Verwendung, da das Bundesvergabegesetz eher schwer zu handhaben ist und V-Opti eine Stütze bzw. ein Leitfaden dazu ist.

Beratung:

Antrag des Vorsitzenden:

Der Vorsitzende stellt den Antrag, dass die Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) unverändert beschlossen werden.

Abstimmung:

Der Antrag wird vom Gemeinderat mittels Handzeichen einstimmig angenommen.

ENDE TOP 8

Pkt. 9) Beratung und Beschlussfassung über die Vergabe der Schulwartwohnung.

Bericht des Vorsitzenden:

Die Schulwartwohnung wird derzeit saniert und soll ab 1.11.2005 wieder neu vergeben werden.

Der Mietvertrag soll wie bei allen anderen Gemeindewohnungen auf fünf Jahre ausgestellt werden und eine Kaution in der Höhe von € 1.500,- soll in Form eines Sparbuches hinterlegt werden.

Laut beiliegendem Aktenvermerk verzichtet Fr. Sabine Müller auf diese Wohnung und von seiten des Sozialausschusses wird Fr. Nicole Jungwirth für diese Wohnung vorgeschlagen.

Beratung:

Rosa Schnell: Sie möchte mitteilen, dass für diese Wohnung nur 2 Bewerber vorhanden waren.

Pröhl Christian: Er teilt mit, dass er gegen die Vergabe der Wohnung ist und ist der Meinung, dass man das AVZ nochmals ausschreiben sollte und die Wohnung für einen Wirt zur Verfügung stellen sollte. Diese Chance bietet sich nur jetzt an und wurde bereits mehrmals diskutiert.

Vizebgm. Gredler Christine: Es mag sein, dass dies ein Grund wäre. Aber sie sieht es nicht ein, dass diese Wohnung, die jetzt saniert wird, dann längere Zeit nicht vermietet wird weil man für das AVZ einen Pächter sucht.

Pröhl Christian: Diese Wohnung soll ab November vermietet werden. Man müsste sofort eine Ausschreibung starten.

Schnell Rosa: Sie findet die Idee nicht schlecht und es ist noch Zeit bis zum Bezug der Wohnung. Es findet heuer nochmals eine Gemeinderatssitzung statt und man könnte es zumindest versuchen.

Vizebgm. Gredler Christine: Man kann die Wohnung vermieten und wenn Aussicht auf einen Pächter besteht, muss man die Wohnung ja nicht mehr weitermieten nach den ersten fünf Jahren.

Antrag des Vorsitzenden:

Der Vorsitzende stellt den Antrag, dass die Schulwartwohnung an Fr. Jungwirth Nicole vergeben wird.

Abstimmung:

Hr. Pröhl Christian und Hr. Ettl Paul stimmen gegen den Antrag.

Hr. Schrenk enthält sich der Stimme.

Alle übrigen Gemeinderäte stimmen mit einem Handzeichen für diesen Antrag.

ENDE TOP 9

Pkt. 10) Bericht des Bürgermeisters.

- Der Vorsitzende teilt mit, dass eine Beihilfe in Höhe von € 1.400,- vom Landesfeuerwehrkommando einmalig ausbezahlt wird für den Ankauf von 20 Pägern.
Diese Pager wurden von der FF Aschach angekauft. Diese Beihilfe wird auch an die FF Aschach ausbezahlt.
- Das Finanzamt Linz teilt mit, dass die Fa. Leidinger aus Stroheim mit der Durchführung von Schülerfreifahrten für die Kinder aus dem Bereich Sommerberg beauftragt wurde.
- Das Gemeindeamt Hartkirchen teilt der Gemeinde mit, dass der Regiebeitrag zur Hallenbadbenützung für die Schüler erhöht wird und zwar von € 1,60 auf € 1,70 je Schüler je Einheit.
- Der Vorsitzende verliest ein Schreiben der Pfarre Aschach. Diese bedankt sich für die Unterstützung beim Pfarrflohmarkt 2005.
- Es gab vorige Woche eine Sitzung der WGD zusammen mit den Gemeinden die bei „Donau in Flammen“ beteiligt waren. Es wurde dabei Rückschau gehalten. Im kommenden Jahr soll diese Veranstaltung in Aschach stattfinden. Es gibt bereits einen Termin am 16.6.2006. Das Planungsteam, das sich aus dem Tourismusverband entwickelt, tritt in der nächsten Zeit zusammen, denn bis Ende Oktober soll ein Grobkonzept über dieses Ereignis stehen. Es wäre für die Gemeinde auch möglich, dass man dieses Ereignis zusammen mit dem Donauspektakel macht. Die Kosten für die Gemeinde werden sich auf ca. € 1.800,- belaufen + dem Arbeitseinsatz der Bauhofmitarbeiter. Der Vorsitzende braucht jemanden von der Gemeinde der sich an diesem Planungsteam beteiligt. Er bittet den Kulturausschuss darum.
Hr. Ing. Buchroithner: Er kann nicht über die Leute vom Kulturausschuss bestimmen. Es sind momentan so viele Termine und er glaubt nicht, dass es möglich ist auch noch dieses Fest zu koordinieren.
Hr. Ing. Hosiner: Er schlägt vor, dass man einen Gemeindebediensteten dafür bestimmt.
Vorsitzender: Die Bauhofmitarbeiter werden sowieso mit eingebunden. Es ist die Frage ob der Tourismusverband dieses Fest überhaupt machen will, oder ob wir uns mit dem Donauspektakel daran beteiligen.
Ing. Buchroithner Gerhard: Es gibt bei solchen Veranstaltungen immer wieder Diskussionspunkte. Es ist ein massiver Einsatz der Arbeiter vorhanden. Es gibt nachher Aufräumarbeiten, wo Kosten entstehen und das kann nicht ein Gemeinderatsmitglied delegieren.
Vorsitzender: Er bittet trotzdem den Kulturausschuss in seiner nächsten Sitzung darüber zu beraten, ob man die beiden Feste miteinander verbindet oder nicht.
- Die 30 km Beschränkung in der Grünauerstraße wurde mit der BH Eferding abgesprochen. Es gibt Mitte bis Ende Oktober eine Begehung mit dem Land OÖ.
Dr. Wassermair Judith: Es sind Anrainer an sie herangetreten mit der Bitte, diese Beschränkung in die Ziegeleistraße zu verlängern.

Vorsitzender: Er wird dies bei dieser Begehung vorbringen.

- Der Landesradsportpräsident Hr. Mag. Lackner ist wieder mit der Bitte herangetreten Aschach als Etappenziel im Jahr 2006 vorschlagen zu dürfen.

Der Gemeinde entstehen dabei Kosten von ca. € 4.000,- – 8.000,-.

Der Vorsitzende teilt mit, dass er dies auch an den Kulturausschuss weitergeleitet hat.

Es entsteht hierüber eine kurze Diskussion. Die Kosten sind natürlich sehr hoch. Die Werbung ist natürlich für Aschach enorm. Der Gemeinderat spricht sich eher nicht dafür aus.

Hr. Ing. Buchroithner ist auch der Meinung, dass man dieses Geld besser in andere Veranstaltungen investieren sollte.

- Der Vorsitzende teilt mit, dass am 18.10.2005 um 17.00 Uhr im Landhaus Linz eine Bundesauszeichnung für Hrn. Altbürgermeister Adolf Putz stattfindet.
- Am 14.10.2005 findet um 20.00 Uhr im Aschacher Hof die Jungbürgerfeier statt.

Ing. Buchroithner Gerhard: Er möchte einen Wunsch an die Gemeinde aussprechen. Es ist ein erster Versuch der Gemeinde mit den Jugendlichen Kontakt aufzunehmen. Der Kulturausschuss war einstimmig der Meinung, dass man mit den Einladungen vorsichtig sein sollte. Er möchte nicht, dass mehr Gemeinderäte als Jugendliche anwesend sind. Der Kulturausschuss ist relativ jung vertreten und es sind auch alle Fraktionen aus der Gemeinde vertreten und er findet, dass dies reicht. Es wird natürlich auch der Bürgermeister anwesend sein.

- Am 30.9. und 1.10.2005 fand im Linzer Ursulinenhof der Urselkirtag statt. Diesesmal wurde dieser Kirtag vom Bezirk Eferding ausgerichtet. Von Aschach waren einige Aussteller vertreten und unter anderem auch der Trachtenverein, die den Rudertanz zum Besten gaben. Es war eine gelungene Veranstaltung und er möchte sich nochmals bei allen beteiligten bedanken.
- Am 29.9.2005 hat der neue Wirtschaftskammerobmann, Hr. Michael Pecherstorfer sich im Rahmen eines Wirtschaftsgesprächs in der Fa. Garant vorgestellt. Anschließend gab es eine Diskussionsrunde. Unter anderem wurde die Verbindung der Garant mit der Fa. AGRANA angesprochen. Es wurde von der Gemeinde dort deponiert, dass man diese Verbindung bald auf Schienen umstellen sollte. Es scheitert momentan an 500 m öffentliches Gleises, das dazwischen liegt und der ÖBB gehört. Die ÖBB lässt es nicht zu, dass dort jemand mit einem Garantführerschein auf dieses ÖBB Gleis fährt. Angeblich soll es bald eine Lösung geben.
- Der Vorsitzende bittet die Mandatare Änderungen von Daten im Gemeindeamt bekanntzugeben.
- Ein neuer Verein wurde in Aschach gegründet. Dieser Verein heißt „Aschach Innovativ“. Im Kulturausschuss hat sich dieser Verein vorgestellt. Sie wollen sich verschiedenen Projekten widmen und unter anderem auch dem Jugendprojekt. Dieser Verein hat sich gleich um das Jugendprojekt der REGEF als Koordinatoren angenommen.
- Der Vorsitzende berichtet darüber, dass ihn ein Hr. Wieswader angerufen hat. Er hat ein Projekt eingereicht und zwar möchte er ein altes

Donauschiff bauen und möchte es in Aschach für Ausflugsfahrten nutzen. Dieses Projekt wurde über den REGEF Eferding eingereicht und wurde auch befürwortet. Das Projekt wurde auch dem Land vorgelegt und auch von diesem befürwortet worden. Finanziell hat es mit der Gemeinde Aschach nichts zu tun. Dieses Schiff wird in der Schiffswerft in Linz gebaut. Es geht darum, dass Herr Wieswader darum gebeten hat, dass er Räumlichkeiten am Schopperplatz brauche. Er möchte dort ein Büro einrichten, wo er z.B. die Gäste empfangen kann. Er wurde dann an Hrn. Viehböck verwiesen.

Ing. Viehböck Karl: Hr. Wieswader hat mich auch angerufen und wir haben darüber gesprochen. Das Projekt ist bereits sehr weit fortgeschritten. Er bekommt auch von der Via Donau eine Lende. Er braucht einfach Räumlichkeiten um ankommende Autobusse abzufertigen und die Leute zu empfangen. Es stellt sich in diesem Zusammenhang die Grundsatzfrage, was will die Gemeinde überhaupt mit dem ganzen Areal machen. Wäre dies eine Idee, dieses Projekt mitzuintegrieren und bei der Via Donau vorstellig zu werden wegen längerfristigen Verträge.

Ing. Hosiner Wolfgang: Der Vertrag ist auf unbestimmte Zeit abgeschlossen und ein Kündigungsgrund ist ausschließlich öffentliche Interessen.

Ing. Viehböck Karl: Gilt das für das ganze Areal.

Ing. Hosiner Wolfgang: Ja

Ing. Viehböck Karl: Er würde sich anstelle von Hrn. Wieswader auch nicht mit so einem Vertrag begnügen.

Ing. Hosiner Wolfgang: Es sind ausschließlich öffentliche Interessen, das sind keine wirtschaftliche Interessen. Wesentliche öffentliche Interessen sind gegeben wenn dort z.B. wegen Hochwassers plötzlich ein Umschlagplatz ist. Man kann also sagen, diese Verträge sind unkündbar.

Vorsitzender: Ihm ist wichtig, was er beim nächsten Telefonat Hrn. Wieswader mitteilen soll. Geht es oder geht es nicht.

Ing. Buchroithner Gerhard: Er weiß nicht, ob es so geschickt ist, wenn man dies dort oben macht. Es ist aber dann eine Entwicklung wie in Gemeinden, wo Einkaufszentren sind. Im Prinzip ist die Gefahr, dass man sagt, da fährt ein Autobus hinauf, Hr. Wieswader betreibt eine kleine Gastronomie und dann fährt der Bus wieder weg. Ist dass das Ziel der Gemeinde?

Vorsitzender: Kann ich ihm sagen, dass sich der Kulturausschuss damit beschäftigt?

Ing. Gerhard Buchroithner: Er muss Hrn. Viehböck recht geben. Man vergibt wieder einen Raum am Schopperplatz und man weiß eigentlich wirklich nicht, was man eigentlich mit dem ganzen Areal anfangen will. Man muss sich darüber Gedanken machen, was mit dem Areal geschehen soll.

Vorsitzender: Er bittet, dass sich Schopperplatzkomitee mit dem Thema beschäftigt. Es wurde in der Gemeinderatssitzung am 22.3.2004 ein Komitee beschlossen und zwar von der ÖVP Hr. Ing. Buchroithner, von der Grünen Fraktion Fr. Dr. Wassermair, von der FPÖ Hr. Herwig Hosiner und von der SPÖ Hr. Ing. Karl Viehböck.

Ing. Viehböck Karl: Er hat damit kein Problem, nur wenn es ein Komitee aus dem Gemeinderat gibt, dass es auch ein Verhandlungspouvoir gibt, denn sonst muss man immer wieder nachfragen gehen und beschließen lassen. So kann man nicht arbeiten.

Ing. Hosiner Wolfgang: Dann muss man aber hinterfragen, was die Aufgaben dieses Komitees sind. Er dachte es erstreckt sich daraufhin, sich Gedanken darüber zu machen, was man mit diesem Areal machen könnte oder soll man dieses Gebiet dort oben verwalten. Nein. Also zu was braucht man dann ein Pouvoir.

Ing. Viehböck Karl: Z.b. um Gespräche zu führen mit der Via Donau kann man ohne Autorisierung auch sprechen. Nur mit dem zuständigen Herrn der Via Donau ob er sich dieses oder jenes vorstellen kann.

Ing. Hosiner Wolfgang: Wenn mit der Via Donau Gespräche geführt werden hat das der Bürgermeister zu machen. Es war mit den Verträgen jetzt bereits ein Wirrwarr und das muss in Zukunft vermieden werden.

Ing. Viehböck Karl: Dann kann ich das aber auch nicht übernehmen, denn wenn ich mit der Via Donau nicht reden kann, dann bringt das nichts.

Weichselbaumer Josef: Soweit sich er erinnern kann, hatte das Komitee nur die Aufgabe die Verbindung zwischen dem Gemeinderat und dem Museumsverein aufrecht zu halten.

Vorsitzender: Er versteht hier beide Seiten und er tritt auch als die Person auf die es vertritt. Aber er hätte gerne von diesem Komitee Ideen und dann kann man weiterverhandeln.

Weil es nur auf den Museumsverein beschränkt war, möchte er dies gerne auf das gesamte Schopperplatzgelände ausweiten.

- Es wurde mit den beiden Künstlern Fr. Raffezeder und Hr. Schmuck die Garagen besichtigt, zusammen mit den Bauhofmitarbeitern. Es wurde angeboten ca. die Hälfte der Garagen für die beiden Künstler zur Verfügung zu stellen. Weil er auch Verantwortung gegenüber den Maschinen des Bauhofes hat. Dies wäre auch für die Künstler denkbar und machbar. Der Bauhof bekam den Auftrag am Boden einzuzeichnen wie viel Platz sie zur Einwinterung der Rasenpflegegeräte brauchen. Es geht jetzt darum, dies abzutrennen. Denn es wird sicher noch 3-4 Jahre dauern bis der Bauhof ausgebaut wird. Dies kann man leicht mit Homogenplatten machen. Nur die Frage ist, wer macht es und wer bezahlt es. Die nächste Frage ist auch, dass die Künstler gerne einen Wasser- und Kanalanschluss und auch Licht möchten. Es wurde einmal ausgemacht, dass wir alles unterstützen, aber die Kosten dürfen nicht nur an die Gemeinde zurückfallen. Der Bauhof hat jetzt keine Zeit dies zu machen, weil die Herbstarbeiten anfangen. Dies kann frühestens im November gemacht werden. Die Künstler hätten es aber gerne früher.

Dr. Wassermair Judith: Am 18.4.2005 fand eine Vorstandssitzung statt, zuerst im Bauhof beginnend und dann eine Besichtigung am Schopperplatz. Sie hat sich das Protokoll gesucht. Es war darüber nichts protokolliert und es gab diesen Punkt auch nicht mehr. Nach Rücksprache mit Fr. AL Greinöcker hat sie erfahren, dass darüber ein Aktenvermerk erstellt wurde. Sie möchte nicht die Fr. Greinöcker angreifen, aber in einem Protokoll einer Vorstandssitzung gehören alle Punkte hinein, damit man es irgendwann einmal wieder findet. In dem Aktenvermerk kommt eindeutig heraus, dass man oben das Gelände oberhalb der Tischlerei besichtigt hat und in den Kojen, die Hr. Ing. Viehböck auch teilweise ausgeräumt hat, kann man sehr viel unterbringen, wie z.B. Sachen, die nicht unbedingt winterfest weggeräumt werden müssen. Es wurde auch gesagt, dass man dort Geräte hineinstellen kann. Bezüglich der Halle, die normalerweise die Feuerwehr benützt, wurde mit Hr. Paschinger gesprochen, dass man

auch dort Geräte wie z.B. den Schneeschieber einstellen könnte. Wenn dort die Feuerwehr ein und ausfahren kann, müssten das auch die Bauhofarbeiter schaffen. Sie sieht es nicht ein, dass man einen Vorstandsbeschluss einfach umdreht. Also es wurde dort oben in der Vorstandssitzung gesprochen und Hr. Viehböck hat gesagt, dass wird gemacht. Also müssten die Künstler eigentlich den unteren Bereich zur Verfügung gestellt bekommen. Und es ist sehr schwierig für sie, nur mit der Hälfte auszukommen. Sie haben bereits vor eineinhalb Jahren im April einen Antrag an die Gemeinde gestellt, der auch im Gemeindevorstand verlesen wurde. Es ist traurig, wie das Gedächtnis von manchen Leuten nachlässt und es wurde letztes Jahr im Vorstand bereits behandelt, dass diese Künstler dort hinein kommen und die anderen Ansuchen, die danach gekommen sind, wurden immer abgelehnt. Sie findet es nicht in Ordnung, wenn der Bürgermeister hergeht und einfach Gemeinderatsbeschlüsse, wo es einen Grundsatzbeschluss gibt, dass dort Künstler hineinkommen, zweitens, die Widmung ist museal und nicht für Schneeräumgeräte, und drittens war es schon xmal im Vorstand, wobei man immer gesagt hat, die kriegen das und nur weil Bauhofarbeiter sagen, sie wollen es unbedingt haben und nicht heraus, dass man da jetzt so einen Zirkus mit Trennwänden macht, wenn andere Möglichkeiten sehr wohl vorhanden sind und günstiger sind.

Bezüglich Müllkübel. Der Vorsitzende hat gesagt, der Umweltausschuss bringt nichts Gescheites zusammen, hier ist dasselbe Problem. Wir finden keine Lösung für die Müllsituation unter der Brücke. Die Müllcontainer unter der Brücke gehören versetzt, das weiß man und sie möchte das noch sagen, das bekannt ist, wer das Sagen in der Gemeinde hat. Sie ist der Meinung, das Sagen in der Gemeinde Aschach haben nach wie vor die Bauhofarbeiter. Der Umweltausschuss hat gesagt, die einzige Möglichkeit ist, dass man die Container nach hinten verlegt um das Eck wie es beim Umbau des FF-Gebäudes war, weil es hier sonst keine Alternative gibt. Und jedes Mal wenn die Bauhofarbeiter sagen, das geht nicht, dann geht es nicht.

Sie möchte nochmals zusammenfassen:

Die Künstler haben eigentlich die Zusage, dass sie die Räume kriegen, es gibt mehrfache Beschlüsse oder man muss sagen Besprechungen, denn aus den Vorstandsprotokollen ist es teilweise nicht nachvollziehbar, aber es ist eindeutig aus den Akten heraus zu lesen, dass man dies wollte. Und es ist sicher keine Demokratie, wenn man ständig irgendwelche Beschlüsse einfach umhaut.

Sie möchte bitte dazu auch eine Stellungnahme.

AL Greinöcker Ulrike: Bezüglich dem Aktenvermerk möchte sie folgendes sagen. Die Einladung zu der besagten Gemeindevorstandssitzung hat keinen Punkt gehabt mit Begehung und Besichtigung des Bauhofgeländes und des Schopperplatzareals, also gehört es auch nicht ins Protokoll. Aber damit eine Niederschrift vorhanden ist wurde ein Aktenvermerk erstellt.

Dr. Wassermair Judith: Es war Beginn 18.30 Uhr und es war der Treffpunkt im Bauhof.

AL Greinöcker Ulrike: Das stimmt. Aber es war kein eigener Tagesordnungspunkt.

Dr. Wassermair Judith: Dann wird sie in Zukunft aber nicht mehr sprechen, wenn kein dementsprechender Punkt auf der Tagesordnung vorhanden ist.

Wenn dann ein Aktenvermerk genügt und es dazu keine Konsequenzen gibt. Es ist kein Angriff auf die Amtsleitung, aber man kann es nicht einfach nur weil es ein Aktenvermerk ist unter den Tisch fallen lassen.

Vorsitzender: Er kann sich nur wiederholen was er bereits gesagt hat. Iststand ist der, dass wir in Zusammenarbeit mit den Künstlern (Fr. Raffezeder und Hrn. Schmuck) dies besichtigt haben. Der Vorschlag unterbreitet wurde und für die Künstler der Vorschlag Okay war. Auch die Fr. Raffezeder ist sehr einsichtig und sieht auch die Not der Gemeinde mit der Unterkunft der Geräte. Sie wäre eigentlich mit diesem Vorschlag einverstanden. Es geht jetzt nur um die Verwirklichung und Umsetzung dieses Vorschlages, weil diesen Teil der Garagen abzutrennen mit wirklich wenig Aufwand, wäre für sie kein Problem. Es geht nur darum wer macht es und wer zahlt es.

Dr. Wassermair Judith: Aber das, diese Variante, hast einfach du mit dem Bauhof zusammen gemacht. Was sollen denn die Künstler viel sagen? Hr. Schmuck ist extra wegen der Werkstatt hierher gezogen. Weil er wusste, er bekommt diesen Raum.

Vorsitzender: Er sagt nur, was momentan Stand der Dinge ist.

Dr. Wassermair Judith: Es ist unter Anführungsstrichen auf deinem Mist gewachsen zusammen mit den Bauhofarbeitern. So wurde es nicht im Vorstand besprochen.

Vorsitzender: Er lässt sich auch gerne die Bauhofarbeiter als Chef der Gemeinde vorsetzen. Er hat damit kein Problem. Nachdem man bereits einmal überlegt hat, oben was zu tun ergeht der Auftrag an die Schopperpaltzgruppe vielleicht auch wirklich tatkräftig einzugreifen.

Dr. Wassermair Judith: Was sagt der Vorsitzende dazu, dass die ganze Vorstandsgeschichte untergraben worden ist?

Sie liest den Schluss des Aktenvermerkes vor.

Vorsitzender: Er nimmt den Aktenvermerk zur Kenntnis. Tatsache ist aber, dass sich nichts ändern wird an dieser Entscheidung.

Dr. Wassermair Judith: Sie nimmt zur Kenntnis, dass sich der Bürgermeister nicht an demokratische Sachen hält und sie wird auch entsprechend reagieren.

ENDE TOP 10

Pkt. 11) Allfälliges

- Es haben sich der Vorsitzende und Hr. Hude Gedanken über einen Gemeinderatsausflug gemacht. Es wurden bereits Einladungen ausgeteilt und er bittet um rege Teilnahme. Herr Hude gibt nochmals das genaue Programm bekannt.
- Fr. Bachmayr stellt die Anfrage, wann das Schachbrett von Hrn. Reumann versetzt wird, da sie dort mit ihrer Familie sehr gerne spielt.
AL Greinöcker: Als die Eisdiele eröffnet hat wurden gerade die Blumen frisch versetzt. Es wurde daher auf Grund des Spargedanken gesagt, dass das Brett erst umgesetzt werden soll, wenn die Blumen zum Entsorgen sind.
- Herr Weichselbaumer stellt die Anfrage wann die nächste Bauausschusssitzung stattfinden wird.
Ing. Viehböck Karl: Voraussichtlich Anfang November.
- Fr. Schnell teilt mit, dass Sie vom Vorsitzenden in der Pause erfahren hat, dass ein Gespräch stattfinden wird zwischen Architekt Lindorfer, dem Vorsitzenden und Hrn. Edlinger von der Volkshilfe. Sie möchte darum bitten, dass zu diesem Gespräch auch die GRÜNE Fraktion eingeladen wird.
Vorsitzender: So ist es eigentlich nicht gedacht. Es werden nur die bereits genannten Personen anwesend sein. Er wird das Ergebnis des Gespräches dann bekannt geben.
Dr. Wassermair: Sie möchte mitteilen, das Hr. Mag. Wagner von der Volkshilfe Spezialist für behindertengerechtes Wohnen und Einrichten ist.
Vorsitzender: Man wird Hrn. Mag. Wagner zu diesem Gespräch einladen.
- Fr. Dr. Wassermair bedankt sich bei Hrn. Hosiner für die Unterstützung beim Autofreien Tag. Er hat einen ganz tollen Vortrag gehalten. Sie möchte zur Gemeindezeitung noch etwas sagen. Der Bürgermeister hat ja, wie sich alle erinnern das Redaktionsteam abgeschafft und hat gesagt er wird die Zeitung nicht politisch machen und jedes mal wenn uns etwas auffällt, dann dürfen wir uns melden. Diesmal ist ihr etwas aufgefallen. Auf Seite 11 ist der Bericht Schule in Diskussion über das Schulwesen in Südtirol. Sie ist der Meinung, dass dies in der Gemeindezeitung nichts verloren hat. Es sollen gemeindebezogene Artikel sein und in keiner Weise politisch gefärbt. Aufgrund dieses Artikels sind dann Beiträge von Spektrum wie z.B. das Herbstprogramm bis zur Unkenntlichkeit verkleinert worden. Bei anderen Ankündigungen wurde der Text ganz gestrichen. Manche Artikel kamen überhaupt nicht hinein. Sie findet das nicht in Ordnung. Der Schulartikel kann ohne weiteres in der Parteizeitung erscheinen, aber nicht in der Gemeindezeitung. Die Vereine sollten schon die Möglichkeit haben, ihre Termine anzukündigen.
Vorsitzender: Der Schulartikel wurde wortwörtlich aus der Gemeindebundzeitung übernommen. Wenn man diesen Artikel politisch sieht, dann muss er Fr. Dr. Wassermair recht geben, aber nicht als Artikel der in die SPÖ Zeitung sondern in die ÖVP Zeitung gehören würde. Er findet diesen Artikel sehr interessant und er ist der Meinung, dass es auch für Österreich ein Modell wäre.
Die anderen Sachen muss er mitteilen, dass es schwierig ist das Layout zu gestalten, wenn man immer mehr Seiten machen muss. Es soll auch an

die Vereine weitergeben, das manche Artikel in so schlechter Qualität geliefert werden, dass es unmöglich ist noch etwas zu retuschieren. Es gibt auch einen Redaktionsschluss, wo immer wieder ein paar Tage angehängt werden, wenn dieser jedoch nicht eingehalten wird kann man diese Artikel nicht hineingeben.

Es wurde kein einziger Vereinsartikel gekürzt.

- Hr. Ettl Paul möchte zu den Protokollen noch etwas anmerken. Er möchte, das in Zukunft auch die Tagesordnung eingearbeitet wird und auch eine Anwesenheitsliste. Es geht darum, dass die Protokolle ins Internet gestellt werden und es daher dabei sein muss.
Er bittet auch nochmals, dass die Berichte des Prüfungsausschusses in das Protokoll aufgenommen werden.

ENDE TOP 11